

Michael Brie/Dieter Klein

## 2. Wie: Die Wege – Revolution, Reform, Transformation – marxistisch inspirierte Überlegungen

Beitrag zu den Thesen der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Seminar „Reform oder Revolution? Gesellschaftliche Konflikte, Konzepte, Akteure, Strategien des Kampfes gegen den Neoliberalismus“, Rio de Janeiro, Juni/Juli 2004

### 0. Zur Problemlage

Aus dem Konzept für das Seminar: „Die internationale Linke ist in ihrer gesamten Geschichte mit einem fundamentalen Problem konfrontiert, das immer wieder unter dem Stichwort „Sozialreform oder Revolution?“ (Rosa Luxemburg) in verschiedenen Variationen diskutiert und ausgetragen wurde. Es war dieses Problem, dass wesentlich zum Schisma zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten beigetragen hat. Es drückt aus sich in der Antinomie zwischen einer Reformkonzeption aus, die keine Überwindung des Kapitalismus kennt, und einem Verständnis von sozialistischer/kommunistischer Revolution, die es nicht vermochte, die Errungenschaften der Emanzipationsbewegungen zu bewahren. Diese Antinomie wird heute im Verhältnis zwischen vielen sozialen Bewegungen und NGO, linken Parteien und etablierten Gewerkschaften reproduziert und hat sich im Prozess des WSF u. a. bei der Diskussion zu *global governance*, der Beteiligung an Regierungen und der Gestalt der Sozialforen niedergeschlagen. Das Panel sollte darauf gerichtet sein, die Grundprobleme eines neuen Verständnisses von Transformation zu diskutieren und Formen der emanzipativen Lösung der inneren Widersprüche einer solchen Transformation aufzuzeigen. Es sind unterschiedliche Szenarien einer solchen Transformation zu diskutieren.“

siehe Konspekt WSF

Die Diskussionen innerhalb des WSF-Prozesses werfen eine Reihe von Grundfragen auf, die auch einer systematischen Diskussion bedürfen. Auf der einen Seite ist spätestens 1989 eine alte Praxis – die des Aufbaus eines Staatsapparteisozialismus – historisch endgültig widerlegt worden, auf der anderen Seite waren auch andere alternative Strategien der Überwindung des Kapitalismus nicht oder nur sehr bedingt erfolgreich. Zugleich sind neue Formen des Kampfes vor allem gegen den Neoliberalismus entstanden, die der eigenständigen theoretischen Reflexion bedürfen. Wie die Positionen innerhalb des WSF-Prozesses zeigen, gibt es Nebeneinander eines abstrakten Antikapitalismus und weitgehend kapitalismusreformierender Alternativvorschlägen. Dieser Gegensatz kann die Einheit des WSF-Prozesses in Frage stellen und zu einer Spaltung führen, die ähnlich verhängnisvoll werden kann wie die zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten im Gefolge des I. Weltkrieges. Theoretische Grundlage dieses Gegensatzes ist die Differenz zwischen einem Verständnis der gegenwärtigen Gesellschaften als Gesellschaften, die ohne radikale Negation („Revolution“) in ihrem Wesen nicht veränderbar sind, und einer Auffassung, die den kapitalismusüberwindenden Charakter von „Reformen“ weder theoretisch erfassbar noch praktisch erkennbar zu machen vermag. Aus der Erfahrung des Staatsapparteisozialismus kann man sagen: Eine gute Theorie ist sicherlich nicht die praktischste Sache auf der Welt, aber

eine schlechte Theorie kann eine gute Praxis unmöglich machen, da sie geistig spaltet und strategisch falsche Kriterien für reales Handeln aufstellt.

Die folgenden Überlegungen versuchen, Umriss eines theoretischen Konzepts zu formulieren, das den alten Gegensatz von „Reform oder Revolution“ zu überwinden vermag und Ansätze für eine Transformationsstrategie entwickelt, die über den Kapitalismus hinausweist. Dazu sollen folgende Fragen behandelt werden:

1. Zur Vorgeschichte des Problems: Rosa Luxemburg
2. Das Verständnis der gegenwärtigen Gesellschaften als kapitaldominierte Gesellschaften
3. Kriterien progressiver Überwindung der kapitaldominierten Gesellschaften und die Vision einer sozialistischen Gesellschaft
4. Transformation als Prozess progressiver Zurückdrängung und Überwindung der Kapitaldominanz über Wirtschaft und Gesellschaft

## **1. Zur Vorgeschichte des Problems: Rosa Luxemburg und die Folgen**

1899 erschien Rosa Luxemburgs Schrift: „Sozialreform oder Revolution?“, die sie in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung berühmt machte. Sie war gerade 28 Jahre alt, als sie sich dadurch in die Analen der internationalen Sozialdemokratie einschrieb. Gegen einen der unmittelbaren Schüler von Marx und Engels, gegen Eduard Bernsteins *Revisionismus* verteidigte sie, wie sie es sah, die Grundauffassungen des Marxismus. Sie warf Bernstein vor, „die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt aus einem *Mittel* des Klassenkampfes zu seinem *Zwecke* zu machen.“<sup>1</sup> Schon in der Einleitung zu ihrer Schrift stellte sie klar: „Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Eroberung der politischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems, hinarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform *das Mittel*, die soziale Umwälzung aber *der Zweck* ist.“<sup>2</sup> In diesem Verständnis sind keine Sozialreformen denkbar, die selbst soziale Umwälzungen darstellen.

Die Stärke der Position von Rosa Luxemburg bestand darin, dass sie um jeden Preis die Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung auf ihre Rolle als Systemopposition und antikapitalistische Kraft festschwören wollte. Sie wollte gegen die Unterordnung dieser Bewegung unter die Ziele der herrschenden junkerlichen und bürgerlichen Klassen Deutschlands bei Abtrotzung von Teilzugeständnissen ein undurchdringliches Bollwerk errichten und erhielt dafür auch die umfassende Unterstützung der Führung der damaligen deutschen Sozialdemokratie, eine Unterstützung, die nach der russischen Revolution von 1905 immer mehr schwand und später durch eine Politik der Ausgrenzung und Marginalisierung ersetzt wurde. 1913 verlor Rosa Luxemburg den letzten nennenswerten Einfluss auf die sozialdemokratische Parteipresse.

---

<sup>1</sup> Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution. In: Werke, Bd. 1/1, S. 369 f.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 369.

Die Ursache dafür liegt auch darin, dass Rosa Luxemburgs Position eine eigentümliche Schwäche anhaftete: Sie schien eine Position zu vertreten, die den Kampf um die sozialen, kulturellen und politischen Interessen der Arbeiter und anderer Teile des Volkes auf ein bloßes Mittel der Vorbereitung auf den revolutionären Kampf reduzierte, auch wenn sie selbst dies weder so sah noch praktizierte. Die gesamte parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit sollte, so der Konsens der Zweiten Internationale bis ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, dem Ziel des Aufbaus einer geistigen und organisatorischen Gegenmacht untergeordnet werden, die dann zu gegebener Zeit, sei es friedlich oder, wenn unvermeidlich, auch gewaltsam, die politische und wirtschaftliche Herrschaft übernehmen würde. Den durch soziale und politische Kämpfe unmittelbar erreichbaren Reformen wurde in dieser Theorie kein Eigenwert zugestanden. Es ging vor allem darum, den „Gewalthaufen“ zu stärken und zusammenzuhalten. Der Kampf um Reformen sei dabei nur eines der Mittel.

Ausgehend von dieser Position erteilte Rosa Luxemburg jeder Beteiligung sozialdemokratischer Parteien an Regierungen eine definitive Absage. Dieselben Reformen, die vom Standpunkt einer sozialistischen Oppositionspartei als notwendig gefordert werden würden, dürften im Kapitalismus nicht durch sozialdemokratische Regierungspolitik umgesetzt werden, da damit der bürgerliche Staat „im ganzen“ unterstützt würde.<sup>3</sup> Revolutionäre Realpolitik sei nur auf drei Wegen möglich: „indem sie mit ihren am weitest gehenden Forderungen den bürgerlichen Parteien eine gefährliche Konkurrenz bereiten und sie durch den Druck der Wählermassen vorwärtsdrängen; dann, indem sie die Regierung vor dem Lande bloßstellen und sie durch die öffentliche Meinung beeinflussen; endlich, indem sie durch ihre Kritik in und außerhalb der Kammer immer mehr die Volksmassen um sich gruppieren und so zu einer achtungsgebietenden Macht anwachsen, mit der Regierung und Bourgeoisie rechnen müssen.“<sup>4</sup> Es könne keine sozialistische Regierungspolitik im Kapitalismus geben: „Der kapitalistischen Einheitlichkeit der Ökonomik ... entspricht die bürgerliche Einheitlichkeit der Regierungspolitik.“<sup>5</sup>

Diese Position Rosa Luxemburgs und der marxistischen Orthodoxie der Zweiten Internationale basierte auf der Annahme, dass es eine sich historisch zwangsläufig durchsetzende Tendenz der Zuspitzung des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen gäbe, wie ihn schon Friedrich Engels formuliert hatte<sup>6</sup>. Es gäbe prinzipiell keine Möglichkeit, wie Rosa Luxemburg ironisch gegen Bernstein schreibt, „das Meer der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweises Hinzufügen der sozialreformerischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süßigkeit zu verwandeln“<sup>7</sup>. Trotz der Entwicklung von Sozialreformen und Demokratie würde die Wand zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft nur immer höher und fester gemacht. Sie könne nur durch den „Hammerschlag der Revolution, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“<sup>8</sup> niedergerissen werden. Und wie sie weiter schreibt: „Der Sozialismus wohnt also dem alltäglichen Kampfe der Arbeiterklasse durchaus nicht als Tendenz inne, er wohnt inne nur hier den immer mehr

---

<sup>3</sup> Rosa Luxemburg: Eine taktische Frage. Werke, Bd. 1/1, S. 485.

<sup>4</sup> Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. Werke, Bd. 1/2, S. 33. Zum Konzept revolutionärer Realpolitik bei Rosa Luxemburg vgl. Frigga Haug: Standbein und Spielbein - Rosa Luxemburgs Konzept von revolutionärer Realpolitik. In: Klaus Kinner; Helmut Seidel: Rosa Luxemburg. A. a. O., S. 139 –151.

<sup>5</sup> Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. In: Werke, Bd. 1/2, S. 59.

<sup>6</sup> Vgl. Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW, Bd. 19, S. 228.

<sup>7</sup> Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? A. o. O., S. 400.

<sup>8</sup> Ebenda.

sich zuspitzenden objektiven Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft, dort der subjektiven Erkenntnis der Arbeiterklasse von der Unerlässlichkeit ihrer Aufhebung durch eine soziale Umwälzung.<sup>9</sup>

Eine derartige Auffassung von sozialistischer Politik hatte einen unerwarteten Nebeneffekt. Sie sollte den revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung sichern und wertete das ganze Feld des alltäglichen Kampfes, soweit er in demokratischen, kulturellen und sozialen Errungenschaften mündete, die die Lage der arbeitenden Klassen real verbesserten, in ein bloßes Mittel darüber hinaus gehender Ziele ab. Zumindest ideologisch wurde es damit den sog. Opportunisten und Reformisten überlassen, den Eigenwert dieser Reformen zu betonen. Damit wurde ungewollt erstens ein Keil getrieben zwischen jenen, die an den sozialistischen Zielen festhielten, und jenen, die sich dem Kampf um höhere Löhne, verbesserte Arbeitsbedingungen usw. verschrieben. Zweitens verlor dieser Alltagskampf im Gegenzug zugleich seine über den Kapitalismus hinausweisende Dimension, da er bestenfalls als geistig-revolutionäre Schulung des Proletariats geadelt wurde. Zugespitzt formuliert: Die revolutionäre Zielsetzung verlor ihren Halt in den realen Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter, der breiten werktätigen Klassen und Schichten. Und der Kampf um reale Interessen wurde nicht mehr im Geiste des Antikapitalismus, Antiimperialismus und Antimilitarismus geführt. Im Banne von Engels' Konzept einer evolutionären Vorbereitung auf den Tag der Entscheidung und der Antinomie zwischen Revolution und Reform verloren die Revolutionäre in der deutschen Arbeiterbewegung auch auf Grund ihres Unvermögens, Reform und Revolution praktisch zusammenzuführen, die reale Führung der Arbeiter an die Opportunisten, die diese Arbeiter dann in der Stunde der Entscheidung, im August 1914, widerstandslos dem imperialistischen Weltkrieg auslieferten.

Rosa Luxemburg war weit davon entfernt, eine Sektiererin zu sein. Mitten in der russischen Revolution schrieb sie: „Für eine echte Arbeiterpartei wie die Sozialdemokratie, für die die Arbeiter kein Mittel für politische Zwecke sind, sondern eine Klasse, deren Erhebung und Befreiung das Endziel ist, für eine solche Partei kann auch die kleinste Verbesserung des täglichen Schicksals des Proletariats nicht gleichgültig sein.“<sup>10</sup> Radikaler als viele andere setzte sie sich für soziale Reformen und Demokratie ein. Immer wieder mahnte sie die konsequente Vertretung der Forderung nach einem Achtsturentag ein, setzte die Frage nach einer Republik auf die Tagesordnung, während die Führung der Sozialdemokratie bis in den Herbst 1918 lieber an der Monarchie festgehalten hätte, um das Bollwerk gegen eine Herrschaft des Volkes möglichst hoch zu halten und die Entscheidung über die Republik auf keinen Fall der „Straße“ überlassen wollte. Sie verlangte energisch die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen, wo anders als im Kaiserreich bis 1918 noch ein Dreiklassenwahlrecht herrschte. Brillant analysierte sie, wie unbefriedigend die Sozialreformen dort waren, wo sozialistische Minister an der Regierung beteiligt waren.<sup>11</sup> Sehr lange aber war sie der Auffassung, „dass die Einführung des Sozialismus erst nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung in Angriff genommen werden kann“<sup>12</sup>.

Rosa Luxemburg entwickelte kein theoretisches Konzept, dass es vermochte, den Widerspruch zwischen Revolution und Reform emanzipativ aufzuheben. Solange sie Reformen als etwas ansah, was in keiner Weise Elemente einer neuen Ordnung einzuführen vermochte, sondern sogar die Mauern zwischen Kapitalismus und Sozialismus nur noch

---

<sup>9</sup> Ebenda, S. 403.

<sup>10</sup> Rosa Luxemburg: In revolutionärer Stunde: Was weiter? Werke, Bd. 1/2, S. 558.

<sup>11</sup> Vgl. Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. Werke, Bd. 1/2, S. 5 – 73.

<sup>12</sup> Rosa Luxemburg: Eine taktische Frage. A. a. O., S. 484.

erhöhen würden, solange blieb ihre Forderung, man müsse besonders radikale Reformen fordern, könne aber von ihrer Durchsetzung keine wesentliche Veränderung der kapitalistischen Gesellschaften erwarten, politisch steril und führte schnell in die politische Isolation.

Die Erfahrungen der Revolutionen von 1917 und 1918 führten Rosa Luxemburg jedoch auch über diesen Gegensatz von Revolution und Reform hinaus. Angesichts der Schwäche der Linken suchte sie nach alternativen Wegen der Sozialisierung und griff den Gedanken der Räte auf. Auch unter den Bedingungen der weitgehend gescheiterten Revolution wollte sie diesen neuen Weg der Selbstorganisation und Selbstverwaltung nicht aufgeben, der sich, so hoffte sie, jenseits des alten Bündnisses von Sozialdemokratie und Gewerkschaften entwickeln könne: „Heute müssen wir uns auf das System der Arbeiterräte konzentrieren, müssen die Organisationen nicht durch Kombination der alten Formen, Gewerkschaft und Partei, zusammengeschlossen, sondern auf ganz neue Basis gestellt werden. Betriebsräte, Arbeiterräte, und weiter aufsteigend, ein ganz neuer Aufbau, der nichts mit den alten überkommen Traditionen gemein hat.“<sup>13</sup>

Anstelle eines Generalangriffs schlägt Rosa Luxemburg eine neue Strategie der Schaffung von Elementen der neuen Gesellschaft im Schoße der alten Gesellschaft vor: „Wir ... müssen uns die Frage der Machtergreifung vorlegen als die Frage: Was tut, was kann, was soll jeder Arbeiter- und Soldatenrat in ganz Deutschland? Dort liegt die Macht, wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat aushöhlen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.“<sup>14</sup> Damit aber kann die Frage von Reform und Revolution neu gestellt werden: Sozialistische Umwälzung wird nicht mehr ausschließlich als „Tag der Entscheidung“ gedacht, sondern als Prozess, der durch Veränderung von Kräfteverhältnissen, von Macht- und Eigentumsstrukturen, von institutioneller Innovation, von über den Kapitalismus hinausweisenden Reformen heute und hier beginnen *kann*.

Nicht jede soziale oder demokratische Reform drängt Kapitalismus zurück, aber es steht die Frage, ob es nicht solche gibt, die ein derart „transformatives“, dem Wesen nach revolutionäres Potential haben. Rosa Luxemburg scheint in den Räten solche Elemente und Prinzipien einer neuen Gesellschaft gesehen zu haben, die es auch unabhängig von der Übernahme der politischen Macht im Staat durchzusetzen gelte. Wenn dies richtig ist, dann überwandte sie im Ansatz die alte Trennung von Weg und Ziel, Reform und Revolution, damit beginnt sie Positionen zu entwickeln, in denen der Weg ein realer Fortschritt auf dem Weg zum Ziel ist (nicht mehr nur im Sinne der Zuspitzung der Widersprüche und der Festigung eines revolutionären Bewusstseins) und das Ziel sich direkt mit der Art und Weise des alltäglichen Kampfes und konkreten Interessenvertretung so verbindet, dass dabei reale Fortschritte hin zum realen Ziel erreicht werden können.<sup>15</sup> Eine solche Position könnte in Überwindung des alten Gegensatzes von Reform und Revolution als *sozialistische Transformationspolitik* bezeichnet werden, eine Politik, die die realen Verhältnisse, die Eigentums- und Machtverhältnisse so zu verändern sucht, dass dabei der Kapitalismus zurückgedrängt wird und Ansätze nichtkapitalistischer Verhältnisse entstehen.

---

<sup>13</sup> Rosa Luxemburg: Rede gegen eine wirtschaftlich-politische Einheitsorganisation der Arbeiterbewegung. Werke, Bd. 4, S. 487.

<sup>14</sup> Rosa Luxemburg: Unser Programm und die politische Situation. Werke, Bd. 4, S. 511.

<sup>15</sup> Rosa Luxemburg hat diese Auffassung nie systematisch entwickelt und sie kann ihr auch nicht theoretisch unterstellt werden. Es steht aber die Frage, ob sie nicht in der Revolution von 1918/19 an die Grenzen früherer Auffassungen stieß und praktisch neue Positionen erarbeitete, die sie nicht mehr theoretisch verarbeiten konnte.

Diese Konzeption kann an bestimmte Vorstellungen von Marx anknüpfen, der im Zusammenhang mit der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages in Großbritannien auf zehn Stunden schrieb: „Die Zehnstundenbill war ... nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.“<sup>16</sup> Enrico Grassi verweist auf Elemente des Entstehens einer „sozialen Rationalität“ (im weiteren als *Soziallogik* im Unterschied zur *Kapitallogik* bezeichnet), „wie sie sich etwa im Ansatz in einigen Bereichen des Naturschutzes ..., der Kultur ..., der Sozialfürsorge und des Gesundheitswesens, der Infrastruktur ... zeigt, in den Bereichen also, in welchen sich die ersten Anzeichen eines unbestreitbaren Eigentums der ganzen Gesellschaft durchsetzen“<sup>17</sup>. Er verweist auch auf „Elemente des Überbaus in der Vorbereitung des Kommunismus“<sup>18</sup>, wie sie vor allem in bestimmten Formen der Zivilgesellschaft verkörpert seien und geht auf entsprechende Diskussionen vor allem in der französischen und italienischen kommunistischen Bewegung der sechziger und siebziger Jahre ein, in denen auch starke Gegenpositionen entwickelt wurden, die davon ausgingen, dass „der Übergang von der einen Produktionsweise in die andere von der gesamten Struktur gleichzeitig, ohne vorherige bedeutenden Transformationen in einzelnen Bereichen, geschehe“<sup>19</sup>.

Die skizzierte Konzeption sozialistischer Transformationspolitik basiert auf einer Reihe von theoretischen Grundannahmen, die genauer zu diskutieren sind<sup>20</sup>. Sie verlangt vor allem, mit der Vorstellung zu brechen, dass eine kapitalistische Gesellschaft existieren könne, die nicht durch starke nichtkapitalistische Bereiche geprägt ist. Dazu aber ist es notwendig, Kapitalismus nicht als totalitär geschlossene Form von Kapitalverwertung zu begreifen, die sich alles ganz und restlos zu unterwerfen vermag. Rosa Luxemburg war auf dieses Problem im Zusammenhang mit der Analyse der kapitalistischen Akkumulation gestoßen. Dabei wurde sie herausgefordert durch die Untersuchungen des britischen Ökonomen John Hobson in seinem Werk „Imperialism. A Study“, der in der Unterkonsumtion der Arbeiter die Ursache dafür sah, dass die kapitalistischen Staaten mit militärischen Mitteln um externe nichtkapitalistische Absatzmärkte konkurrieren würden und so in einen imperialistischen Wettbewerb zueinander gerieten. Rosa Luxemburg glaubte herausgefunden zu haben, dass die erweiterte zahlungsfähige Nachfrage prinzipiell nicht aus dem Prozess der kapitalistischen Akkumulation selbst erwachsen könne<sup>21</sup> und kommt zum Schluss, „dass *zum mindesten* der zu realisierende Mehrwert und der ihm entsprechende Teil der kapitalistischen Produktionsmasse unmöglich innerhalb der kapitalistischen Kreise realisiert werden kann und unbedingt außerhalb dieser Kreise, in nichtkapitalistisch produzierenden Gesellschaftsschichten und – formen, seine Abnehmer suchen muss“<sup>22</sup>.

Rosa Luxemburg behauptete vor diesem Hintergrund, dass es einen ökonomischen Zwang der Kapitalverwertung gäbe, sich immer neue nichtkapitalistische Abnehmer kapitalistisch

---

<sup>16</sup> Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: MEW, Bd. 16, S. 11.

<sup>17</sup> Enrico Basso: Elemente der neuen Gesellschaft. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Berlin und Hamburg: Argument Verlag 1997, Bd. 3, S. 254.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 254 f.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 256.

<sup>20</sup> Vgl. dazu systematischer Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein, 2002: Sozialismus als Tagesaufgabe. Karl Dietz Verlag Berlin, S. 7 – 65; vgl. auch den systematischen Ansatz in: Stuart Hall; David Hell; Don Hubert; Kenneth Thompson (eds.): Modernity. An Introduction to Modern Societies. Cambridge: Blackwell Publishers 1996.

<sup>21</sup> Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Werke, Bd. 5, S. 101 ff., 280 ff.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 308.

produzierter Waren erschließen zu müssen, oft mit brutalster Gewalt. Ausgehend von dieser These vermochte Rosa Luxemburg, zumindest in ihren eigenen Augen, etwas zu leisten, was Marx versagt geblieben sei und ihr aber als Grundbedingung des wissenschaftlichen Sozialismus galt – die streng ökonomische Begründung des unvermeidlichen Zusammenbruchs des Kapitalismus: „Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen. Er ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu sein.“<sup>23</sup>

Unabhängig davon, wie die theoretische Antwort auf das von Rosa Luxemburg aufgezeigte Problem ausfällt, soll hier behauptet werden, dass Rosa Luxemburg auf jeden Fall eine Grundtatsache moderner Gesellschaften entdeckt hatte – sie sind als ausschließlich kapitalistische Gesellschaften nicht lebensfähig.<sup>24</sup> Auch die spätere feministische Analyse stieß auf diesen Tatbestand und machte auf das große Feld unbezahlter gesellschaftlicher Arbeit, vornehmlich der Frauenarbeit, aufmerksam<sup>25</sup>. Die neuen Tendenzen der Durchkapitalisierung des Wissens und der Dienstleistungen<sup>26</sup> zeugen ihrerseits davon, dass zum einen immer neue Bereiche entstehen, die zumindest zunächst außerhalb der Kapitalverwertung stehen. Die geschichtlichen Kämpfe der Vergangenheit beweisen aber auch, dass es möglich ist, bestimmte Bereiche unter bestimmten Umständen auch aus der Kapitalverwertung zu entnehmen.

Man könnte aus Rosa Luxemburgs Analyse auch den Schluss ziehen, dass der Kapitalismus gerade deshalb nicht zusammengebrochen ist, weil in historischen Kämpfen Elemente und Bereiche einer über ihn hinausweisenden nichtkapitalistischen Produktionsweise hervorgebracht wurden, die der Neoliberalismus heute wieder zurückdrängen will. Schon Marx hatte die Erkenntnis gewonnen: „Solange das Kapital schwach ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangener oder mit seinem Erscheinen vergehender Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es diese Krücken weg und bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewusst zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz zugleich die Ankündigung seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind“<sup>27</sup>.

Ausgehend von diesen Erfahrungen könnte behauptet werden, dass den modernen Gesellschaften zwei Tendenzen innewohnen – die der stets umfassenderen Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche (Kapitallogik) und die der Ausrichtung von Produktion, Konsumtion, Politik und Kultur an sozialen Grundinteressen (Soziallogik). Das Verhältnis zwischen diesen beiden Bereichen ist zum einen durch die konkreten Erfordernisse der Vergesellschaftung auf dem jeweiligen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte,

---

<sup>23</sup> Ebenda, S. 411.

<sup>24</sup> Vgl. dazu auch sehr überzeugend bezogen auf die Faktoren Arbeit und Geld siehe Karl Polanyi: 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft

<sup>25</sup> Vgl. Claudia von Werlhof: „Hausfrauisierung der Arbeit“. In: Courage, Nr. 3/1982; dies.: Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie. München 1991.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Jeremy Rifkin: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag 2000; André Gorz: Kritik der ökonomischen Vernunft. Berlin: Rotbuch Verlag 1989.

<sup>27</sup> Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. MEW, Bd. 42, S. 551.

Bedürfnisse und Kultur und zum anderen durch die Kräfteverhältnisse der jeweiligen Gesellschaft bestimmt.

Auch innerhalb der durch die Kapitalverwertung unmittelbar erfassten Bereiche stehen Interessen der Kapitalverwertung und Interessen der Lohnabhängigen, soziale Interessen an Erhalt der Umwelt, an kommunaler Entwicklung usw. in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander. Die „Gemeinwohlverpflichtung“ des Eigentums ist verfassungsrechtliche Form der Anerkennung dieses Tatbestands. Die orthodox marxistische Vorstellung einer stets strikteren Unterordnung der Arbeit unter das Kapital, eine immer weiter gehenden Reduktion der Arbeit auf bloße ausführende Verausgabung dressierter Naturkräfte des Menschen hat sich genauso wenig bestätigt wie die der unvermeidlichen Verelendung. So sehr diese Tendenzen existieren und in nicht wenigen Ländern und Wirtschaftssektoren durchaus dominant sind, so sehr gibt es immer wieder Gegentendenzen, die sich aus den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung und neuen Bedürfnissen genauso wie aus den sozialen Kämpfen ergeben.

Rosa Luxemburg beschreibt die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Reinform, wie sie sich ihr im Ersten Weltkrieg darstellte, als eine sich selbst und alle Humanität zerstörende Barbarei: „Geschändet, entehrt, im Blute wadend, von Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, gelect und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit, so zeigt sie sich in ihrer wahren und nackten Gestalt.“<sup>28</sup> Dies scheint sich heute als Resultat einer entfesselten kapitalistischen Globalisierung zu wiederholen, in der die autoritäre Herrschaft einer ökonomischen und politische Reaktion verbunden wird mit dem unverhüllten „Horror der Ökonomie“, der Dominanz des Militärischen, der Ausbreitung des Polizeistaates.<sup>29</sup> Dagegen hat sich ein breiter Widerstand formiert, der nach anderen Formen der Globalisierung und Regionalisierung verlangt. Es wird sich zeigen, ob es, wie schon früher im Kampf gegen den Manchesterkapitalismus, den Imperialismus und Kolonialismus, den Faschismus und Nationalsozialismus, gelingt, hinreichend starke Kräfte zu mobilisieren, um dieser Barbarei Mächte der Humanität, Freiheit und Gleichheit, des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit entgegenzustellen.

## **2. Das Verständnis der gegenwärtigen Gesellschaften als kapitaldominierte Gesellschaften**

Unter Kapitalverhältnis sei im Weiteren die Herrschaft des Kapitals über Produktion und Reproduktion in Wirtschaft und Gesellschaft. Die „allgemeine Formel“ des Kapitals, wie es in der Zirkulationssphäre erscheint, so Marx, ist Geld, das zu mehr Geld wird, Wert, der sich im Prozess seiner Reproduktion vergrößert ( $G - W - G'$ ). Um dies zu bewerkstelligen, so Marx, muss sich das Kapital die Produktion unterwerfen, Lohnarbeiter zwingen, Mehrwert als Eigentum des Kapitals zu produzieren, muss das Kapital die sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen hervorbringen oder vorhandene Bedingungen so gestalten, dass diese Verhältnisse auf Dauer gestellt sind. Die Selbstverwertung des Geldes als Kapital ist nur

---

<sup>28</sup> Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. Werke, Bd. 4, S. 53.

<sup>29</sup> Vgl. zu alternativen Szenarien Dieter Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Karl Dietz Verlag 2003, S. 69 ff.; Holger Fließbach; Jean Ziegler: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. München: Bertelsmann, 2003; Samir Amin: Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert. Der in die Jahre gekommene Kapitalismus. Hamburg: VSA 2001, S. 78 ff.



möglich, weil es sich über Bedingungen reproduziert, diese sich unterwirft, die ihrerseits aber nicht auf diese Eigenschaft des Unterworfenenseins reduziert werden kann.

Unter *Kapitalismus* werden wir im Folgenden alle gesellschaftlichen Ordnungen verstehen, in denen die gesellschaftliche Reproduktion unter dem Primat der Selbstvermehrung des Kapitals, unter der Dominanz des Profits erfolgt. Es sind Gesellschaften, in denen das übergreifende Ziel der Wirtschaft die Reproduktion von Kapital ist und diesem wirtschaftlichen Ziel auch Politik, Kultur und Sicherheit untergeordnet sind. Eine solche Definition hat den Vorzug, dass sie Raum lässt, auch nichtkapitalistische oder sogar antikapitalistische Tendenzen erkennen zu können und zugleich der Pluralität und Heterogenität realer Gesellschaften gerecht wird, ohne dabei den kapitalistischen Charakter der Entwicklung der Gesamtgesellschaft ignorieren zu müssen. Diese Definition erlaubt es, die gegenwärtigen Gesellschaften als sozialen Raum zu rekonstruieren, in dem sich die kapitalistischen Tendenzen als die bestimmenden Tendenzen (immer noch) durchsetzen, soziale Kräfte aber auch Gegentendenzen zur Wirkung bringen, sogar eigene Räume schaffen bzw. andere besetzen und ihrerseits für eine Trendwende kämpfen<sup>30</sup>. Es ist ein Raum sozialer Kämpfe.

Eine solche Unterordnung der Gesellschaft unter die Kapitaldominanz verlangt – entgegen den Auffassungen eines ökonomistischen Reduktionismus – in keiner Weise die Auflösung der Eigenart nichtkapitalistischer Wirtschaftsformen oder die Zerstörung der Spezifik von Politik, Kultur oder Sicherheit gegenüber der Ökonomie, sondern ist auf diese Eigenarten und Spezifika sogar außerordentlich stark angewiesen. Unterordnung bedeutet nicht unbedingt Auflösung oder Zerstörung, sondern funktionale Ausrichtung an den Erfordernissen der Selbstreproduktion des Kapitals. Es handelt sich um Unterordnung in einem komplexen Kräfteverhältnis. Die Unterordnung verlangt geradezu auch die Anerkennung einer Eigenmacht und Eigenlogik jener Wirtschaftsprozesse, die nicht unmittelbar kapitalistisch sind (z. B. der privaten Hauswirtschaft oder der sozialen Sicherungssysteme) sowie von Politik, Kultur und Sicherheit. Die Unterordnung ist eine Tendenz, die sich keinesfalls in jeder einzelnen Frage und zu jedem einzelnen Zeitpunkt Bahn bricht. Sie ist eine Tendenz, die aus dem widersprüchlichen Verhältnis von unmittelbar kapitalistischen und nichtkapitalistischen Tendenzen hervorgeht. Selbst das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit ist ein solches widersprüchliches und von der Macht der beiden Seiten abhängiges Kräfteverhältnis.

Begreift man Kapitalverhältnis als Herrschaft des Kapitals über Wirtschaft und Gesellschaft, dann ist klar, dass es sich als Verhältnis der erweiterten Reproduktion von Kapital und Vorherrschaft dieser Reproduktion über alle anderen Reproduktions- und Lebensprozesse der Gesellschaft nur dann erhalten kann, wenn es sich ständig erfolgreich Wirtschaft und Gesellschaft unterordnet. Der Terminus Kapitalverhältnis bezeichnet dann eine Tendenz *innerhalb* einer inneren Widersprüchlichkeit gegensätzlicher Tendenzen. Marx spricht in diesem Zusammenhang auch von der formellen und reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Kapitalistische Gesellschaften wären dann durch den *inneren* Widerspruch zwischen dieser Subsumtion von Arbeit, Politik, Gesellschaft usw. unter das Kapital und dem Kampf gegen diese Subsumtion geprägt, ausgefochten durch verschiedene soziale und politische Bewegungen, die damit ihre eigenen Interessen zur Geltung bringen.

Die Gesellschaften wären diesem Verständnis von Kapitalverhältnis nach durch den inneren Widerspruch zwischen Kapitalverhältnissen einerseits und Verhältnissen der Reproduktion der Lohnarbeiter, zwischenmenschlicher Partnerschaften, der Kommunen, der natürlichen

---

<sup>30</sup> Vgl. dazu mit Blick auf den Staatssozialismus Michael Brie: Von den Schwierigkeit, über die DDR zu sprechen. In: Michael Brie; Dieter Klein: Der Engel der Geschichte. Berlin: Karl Dietz Verlag 1993.

Lebensgrundlagen usw. andererseits gekennzeichnet. In Abhängigkeit von den Kräfteverhältnissen könnte sich die „Kapitallogik“ teils stärker, teils schwächer gegen die „Soziallogiken“ dominant durchsetzen. Überwindung des Kapitalismus wäre die Ablösung der Dominanz der Kapitalverwertung durch die Dominanz von emanzipativer und solidarischer Reproduktion des „Sozialen“ über die Kapitalverwertung.

Ein solches Verständnis von Kapitalismus hat eine Reihe von Implikationen: *Erstens* verlangt es, Kapitalistisches und Nichtkapitalistisches in einer Gesellschaft zu unterscheiden. Die Rationalisierung eines Unternehmens unter den Gesichtspunkten des Shareholder-Value, des Werts der Aktienpapiere, ist ein unmittelbar kapitalistisches Unterfangen. Das Bestreben, in diesem Prozess und zugleich auch gegen ihn Interessen der Beschäftigten oder ökologische Maßstäbe zur Geltung zu bringen, macht nichtkapitalistische Tendenzen stark. Heutige Gesellschaften, so die These, sind Felder von Kampf, Kompromissen und Kooperation, die Kapitalistisches und Nichtkapitalistisches einschließen.<sup>31</sup>

*Zweitens*: Die Dominanz der Kapitalverwertung in Wirtschaft und Gesellschaft basiert auf drei Säulen. Zum einen ist dies die besondere Organisationsmacht des Kapitals, seine Fähigkeit, auf günstige Gelegenheiten der Verwertung zu warten, sich regional und international alternative Felder der Anlage zu suchen, die Möglichkeit, sich Unterstützung kaufen zu können. Im privilegierten Besitz des heute entscheidenden allgemeinen Gutes, des Geldes, hat das Kapital auch einen privilegierten Zugang zu allen anderen Gütern. Während Arbeiter auf die monatlichen Einnahmen bei Strafe sozialer Not angewiesen sind, während sie weniger mobil, während sie politisch nur mit Druck auf der Straße, durch Streiks und bei Wahlen handeln können, befindet sich das Kapital in einer ungleich günstigeren Situation. Das Großkapital gehört der Natur nach schon zur Oligarchie, zur Elite einer Gesellschaft – gemeinsam mit führenden Politikern und Beamten sowie den Spitzen der Medien.

Die Dominanz der Kapitalverwertung basiert zum anderen aber auch darauf, dass der wirtschaftliche Erfolg der privatkapitalistischen Unternehmen die Bedingung für Löhne und Steuern ist. Die Mehrheit der Bevölkerung wie der gesamte öffentliche Sektor hängen kurzfristig von diesem Erfolg kapitalistisch betriebener Unternehmen ab. Eine Politik, die die kapitalistischen Unternehmen in den Ruin treiben würde, treibt unter den gegenwärtigen Bedingungen auch die Lohnarbeiter und die öffentliche Hand in den schnellen Ruin. Die Gegenrechnung ist schwerer aufzumachen, auch wenn sie nicht weniger stichhaltig ist: Verarmte Arbeiter und Angestellte sowie eine verarmte öffentliche Hand führen zu sinkender Nachfrage und treiben so ihrerseits Unternehmen in den Bankrott. Zudem können die langfristigen Reproduktionsinteressen einer Gesellschaft – das Heranwachsen von neuen Generationen, Bildung, Gesundheit, Umwelt usw. – nicht erfüllt werden. Auch hier handelt es sich um ein Kräfteverhältnis und um Reproduktionsinteressen. Aber da Beeinträchtigungen der Kapitaleseite sich oftmals schneller zeigen als die von Lohnabhängigen und öffentlicher Hand, sitzt das Kapital zumeist an dem wirkungsvolleren Hebel. Die Standortdiskussion ist der ideologisch-politische Ausdruck dieser Profitdominanz. Die dritte Säule der Kapitaldominanz ist zweifelsohne die weitgehende Kontrolle über Politik, die ideologischen Apparate (insbesondere die Medien) und das Militär und alle Repressionsapparate.

Der orthodoxe Marxismus sieht die Grenzen des Kapitalismus vor allem dort, wo die Zentralisation und Konzentration der Produktion an die Fesseln des Privateigentums stößt. Zumeist wurde dies so verstanden, dass das Privateigentum es nicht erlauben würde, im notwendigen Maße zu zentralisieren und konzentrieren, wie dann in der Planwirtschaft möglich. Ausgehend von der entwickelten Position müssten die Grenzen des Kapitalismus aber anders verstanden werden. Erstens führt die Entwicklung der modernen Produktivkräfte

---

<sup>31</sup> Vgl. dazu die Forderungen im Rahmen des Weltsozialforumsprozesses nach xxx.

und Lebensweisen dazu, dass die traditionellen Formen der von Kultur, Bildung, Gesundheit, der Reproduktion der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens, Familie usw. fast völlig aufgelöst sind oder werden. Sie müssen nun zum Gegenstand bewusster gesellschaftlicher Regulation werden. Schon heute wird zwischen einem Drittel und der Hälfte des Sozialprodukts umverteilt, um diese Bereiche zu erhalten und zu entwickeln.

Anders als viele klassische Industriegüter entziehen sich soziale und kulturelle Güter aber ihrer Natur nach der monetären Bewertung. Sie können deshalb auch nicht unmittelbar in die Kapitalverwertung integriert werden, ohne dabei extrem deformiert zu werden. Zumindest die Maßstäbe, teilweise aber auch die Preise und die inhaltliche Ausrichtung der Produktion der genannten Güter müssen deshalb der Kontrolle durch das Kapital entzogen werden. Dies würde mit einer weiteren deutlichen Ausdehnung der nichtkapitalistischen Sphären in der Gesellschaft einher gehen. Wenn dies stimmt und diese Sphären nichtkapitalistischer Reproduktion zugleich für die Entwicklung von Gesellschaften von vorrangiger Bedeutung sind, dann werden sich jene Gesellschaften, die diese nichtkapitalistischen Bereiche nicht monetarisieren und nicht kapitalisieren, Entwicklungsvorteile haben. Dem stehen mögliche Verluste bei der effizienten Nutzung von sozialen Ressourcen sowie die Gefahr einer bürokratisch-entfremdeten Verfügung über diese Ressourcen gegenüber. Es bedarf also einer neuen Gestalt der öffentlichen Sektoren jenseits von bürokratisierter Staatswirtschaft. Kernpunkt sind solidarische bürgernahe Wirtschaftsweisen und partizipative Demokratie.

Die Monopolisierung gesellschaftlicher Entwicklung in den Händen einer Minderheit hat im modernen Kapitalismus neue Formen angenommen und alte wurden erhalten. Dies betrifft die fortschreitende Konzentration der Verfügungsmacht in den Händen eines global immer kleineren Kreises von Personen, die Akkumulation der Verfügung über den Reichtum in wenigen Händen. Auch der private Reichtum ist global sehr ungleich verteilt und der Abstand zwischen dem Oben und dem Unten in der Weltgesellschaft nimmt zu. Die USA haben die militärische, politische, kulturelle und wissenschaftliche Macht der Weltgesellschaft weitgehend in ihren Händen zentriert. Drei regionale Zentren, die USA, die EU und Japan, dominieren die Weltwirtschaft.

Die Folge dieser und ähnlicher Entwicklungen ist einerseits, dass der Aufbau von handlungsfähigen Gegenkräften außerordentlich schwierig ist. Während es offenbar der wichtigste Entwicklungsvorteil der westeuropäischen Zivilisation gegenüber denen anderer Regionen im 2. Jahrtausend unserer Zeitrechnung war, dass die Macht zwischen weltlichen und geistigen Mächten sowie rivalisierenden Nationalstaaten verteilt war und diese Verteilung von Macht zu einer Triebkraft von Innovationen wurde, sind jetzt starke Monopolisierungstendenzen zu beobachten. Diese betreffen weniger die Innovationsfähigkeit *innerhalb* der herrschenden Tendenz als die Frage, wie *alternative* andere Tendenzen zur Geltung gebracht werden können. Die WTO und die laufenden Verhandlungen zur weiteren Durchsetzung eines „freien“ Handels und der internationalen Privatisierung von Dienstleistungen (GATS und TRIPS) verstärken den schon herrschenden Unilateralismus eines Typs von entfesseltem Kapitalismus, der mit rüder Gewalt alle nichtkapitalistischen Sphären sich zu unterwerfen sucht und in die direkte Kapitalverwertung integrieren will.

Andererseits verstärkt genau diese Tendenz der Durchkapitalisierung den Druck, alternativen Entwicklungen Raum zu verschaffen. Die imperiale Ausdehnung dieses Kapitalismus, dies zeigt die globale Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung, führt zu einer Art *Overstretch*. Die Kosten für Unterdrückung von Widerstand und Delegitimierung, die Folgen einer Strategie, die Bereiche gegen deren sozialer Natur der Kapitalverwertung unterwirft, werden wachsen. In der (bisher eher rhetorischen) Auseinandersetzung zwischen Neoliberalismus und „Dritten Wegen“, zwischen amerikanischem und europäischem Kapitalismus und vor allem in der Auseinandersetzung der neoliberalismuskritischen Bewegungen mit der heutigen Globalisierung nehmen diese Prozesse Gestalt an. Der

wachsenden Macht zur Unterdrückung von Gegenbewegungen stehen gleichzeitig wachsende Kosten gegenüber (wie sie sich zum Beispiel in den US-amerikanischen Rüstungsausgaben von mehr als 400 Mrd. Dollar und weltweit von rd. einer Billion Dollar niederschlagen) und immer neue Probleme, die aus der Durchkapitalisierung der Gesellschaften entstehen – Umweltzerstörung, stark sinkende Geburtenraten in den hochentwickelten Ländern, Ausgrenzung beträchtlicher Teile der Bevölkerung global und national als „überflüssig“, Schwächung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaften und viele andere. Privatisierung, Marginalisierung und Militarisierung sind Haupttendenzen einer reaktionären neoliberalen Angriffs, wie er in den achtziger Jahren begonnen wurde und sich nach 1990 durchsetzte.

Nach dem Untergang des sowjetischen Staatsparteisozialismus scheinen wesentliche Fraktionen der herrschenden Klassen der Auffassung zu sein, auf wichtige zivilisatorische Errungenschaften und Fortschrittspotentiale verzichten zu können. Die globale Hegemonie des Neoliberalismus, eine unilaterale Militärmacht, direkteste Formen von Abhängigkeit von den USA und ihnen verbündeter Regionalmächte, gesichert durch IWF und Weltbank, scheinen jede Alternative zu unterdrücken. Erstmals seit Jahrhunderten wäre der Wettbewerb um eine Überlegenheit, die mit Alternativität verbunden ist, ausgeschaltet. Der Wettstreit bezieht sich zunehmend nur noch auf Stufen des Gleichen, nicht aber mehr auf Differenzen in der Qualität des Fortschreitens.

Unter Hegemonie des Neoliberalismus werden bewusst wesentliche Formen der Verwandlung von gesellschaftlicher in individueller Entwicklung zerstört, indem Grundrechte abgebaut werden, die wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Teilhabe breiter Teile der Bevölkerung reduziert und für Teile ganz abgeschafft wird. Barbarischste Formen von Herrschaft werden reaktiviert, wie sich insbesondere nach dem 11. September 2001 zeigte. Gleichzeitig werden Innovationen auf jene Bereiche eingeschränkt, die den Interessen einer kleinen Minderheit dienen, so dass gesellschaftliche Entwicklung mehr als in den Jahrzehnten zuvor wieder zu einem Privileg von Wenigen, zu Ausbeutung wird. Durch Privatisierung, Durchkapitalisierung und autoritäre Elitenherrschaft sowie umfassende Manipulierung der öffentlichen Meinung sollen diese Tendenzen zementiert werden. Fortschritt, wie er in aller Ungleichmäßigkeit nach 1945 in vielen Bereichen zu beobachten war, wird durch Reaktion abgelöst. Gegen diese Reaktion formiert sich heute eine neue globale Gegenbewegung.

Die hier entwickelte Position basiert auf der These, dass sich Durchkapitalisierung einerseits und Tendenzen der Reproduktion und Neuentstehung nichtkapitalistischer Bereiche und ihrer Ausdehnung andererseits mit innerer Notwendigkeit gegenüberstehen. Mit beiden sind soziale Interessen und soziale Kräfte verbunden, die versuchen, mehr der einen oder der anderen Tendenz zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Position impliziert auch, dass jede gegenwärtig denkbare Gesellschaft durch ein bestimmtes Maß an Kapitalverwertung gekennzeichnet wird, ihre Vorherrschaft aber zugleich mit der Lösung der Großprobleme des 21. Jahrhunderts unvereinbar ist.

Die entwickelte Position lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Frage danach, ob es eine historische Tendenz zur Überwindung der Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft gibt, kann also nicht eindeutig beantwortet werden. Einerseits scheinen Gesellschaften, die Möglichkeiten von freier Entwicklung, die die Freiheitsgüter, die demokratische und individuelle soziale wie politische Rechte breit verteilen und möglichst vielen zur Verfügung stellen, im Maße des Fortschritts der Produktivkräfte der Individuen immer höhere Entwicklungsvorteile zu haben. Sie können sich deshalb aufgrund ihrer höheren Anziehungskraft auch eher durchsetzen. Andererseits steht dieser Tendenz historisch wie gegenwärtig eine machtvolle Gegentendenz gegenüber – die der Monopolisierung von Eigentum und Macht. Sie erweist sich zwar immer weniger als notwendige Bedingung für

eine überlegene Entwicklungsfähigkeit von Gesellschaften<sup>32</sup>, kann aber alternative Ansätze relativ leicht unterdrücken. Die Aufweichung dieses Monopols, die Schaffung von Raum für Gegentendenzen scheint die wichtigste Aufgabe von Bewegungen, die auf eine Transformation des Kapitalismus zielen, die über diesen hinausweist.

### **3. Kriterien progressiver Überwindung der kapitaldominierten Gesellschaften und die Vision einer sozialistischen Gesellschaft**

Theorien, die die Frage der Überwindung kapitaldominierter Gesellschaften stellen, müssen zum einen die Frage nach Kriterien beantworten, an denen überhaupt gemessen werden kann, ob eine Gesellschaftsordnung gegenüber einer anderen auch „überlegen“ ist. Zum anderen muss sie in der Lage sein, Grundmerkmale einer solchen Ordnung zu benennen. Vor der Aufgabe der Formulierung einer Strategie nicht zu kapitulieren, die die Fähigkeit zur Selbsterneuerung moderner Gesellschaften erhält und sie den nichtkapitalistischen Kriterien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit und der freien und solidarischen Entwicklung unterwirft, stellt die wohl größte Herausforderung der Alternativbewegungen der Gegenwart dar. Es war immer leicht und ist heute vielleicht noch leichter, die Ungerechtigkeit und die zerstörerische Kraft einer kapitaldominierten Entwicklung aufzuzeigen und sie damit moralisch zu negieren und ihrer ethischen Legitimation zu berauben. Die Kraft wirklicher Kritik, theoretisch wie praktisch, misst sich aber daran, ob sie fähig ist, diesen Kapitalismus dialektisch aufzuheben und dem Fortschritts- und Freiheitspotenzial der gegenwärtigen Gesellschaften durch grundlegend veränderte Macht- und Eigentumsverhältnisse, die eine höhere Stufe von Freiheit und solidarischer Regulation sowie demokratischer Selbstverwaltung ermöglichen, eine neue Ausrichtung zu geben.

Die Durchsetzung einer Gesellschaft und ihres „Formationstyps“ gegenüber anderen ist also vor allem durch jene Ressourcen bedingt, die eine Gesellschaft in den (ökonomischen, politisch, kulturellen, militärischen etc.) Wettbewerb mit anderen einbringen kann.<sup>33</sup> Brechts Satz „Fortschritt und Vorsprung sind nicht dasselbe“<sup>34</sup>, ist zweifelsohne richtig. Richtig ist aber auch, dass Gesellschaften, die über einen Vorsprung auf den Feldern von Technologie, Wirtschaft, Kultur und Militär verfügen, über andere hinweg fortschreiten – oft auf die grausamste Weise. Es ist ein *Vorsprung in der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion*, der sie dazu befähigt, und er ist abhängig von den Triebkräften der jeweiligen Gesellschaftsordnung.

Marx war sich des Umstandes, dass Geschichte sich als derartiges Hinwegschreiten über andere vollzieht, bewusst. Er war Zeitzeuge der Eroberung der Welt durch die europäischen imperialen Staaten und die Ausdehnung des Einflusses der USA. Dies bildete den Kern seines Verständnisses eines antagonistischen Fortschritts, der letztendlich, so die Hoffnung, diesen

---

<sup>32</sup> Es ist eine offene Frage, welches Maß an Konzentration der Verfügung über Eigentum für die Entwicklung von Produktivkräften heute noch günstig ist. In der Diskussion um die Entwicklung freier Software wie *Linux* ist dies im Vergleich zu *Microsoft* sehr deutlich geworden.

<sup>33</sup> Wie Zbigniew Brzezinski deutlich macht, sind es das Zusammenspiel von vier Faktoren – der weltweiten Militärpräsenz, einem Anteil am globalen Bruttosozialprodukt von rd. 30 Prozent in den letzten 50 Jahren, ein Vorsprung bei der Beherrschung der modernsten Technologien sowie der kulturellen Anziehungskraft und Dominanz der USA – die heute „Amerika zu der einzigen globalen Supermacht im umfassenden Sinne“ machen. Brzezinski, Zbigniew, 1999: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 41.

<sup>34</sup> Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, Bd. 12, S. 475.

Antagonismus durchbricht.<sup>35</sup> Mit hartem Realismus, der manchen neoliberalen Theoretiker hinter sich lässt, schrieb Marx: „Stellt man, wie Sismondi, das Wohl der einzelnen diesem Zweck (der Entwicklung der menschlichen Natur als Selbstzweck – d. Verf.) gegenüber, so behauptet man, dass die Entwicklung der Gattung *aufgehalten* werden muss, um das Wohl der einzelnen zu sichern, dass also z. B. kein Krieg geführt werden dürfe, worin einzelne jedenfalls kaputtgehn... Dass diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung *Mensch*, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschenklassen macht, schließlich diesen Antagonismus durchbricht und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, dass also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozess erkaufte wird, worin die Individuen geopfert werden, wird nicht verstanden, abgesehen von der Unfruchtbarkeit solcher erbaulichen Betrachtungen, da die Vorteile der Gattung im Menschenreich wie im Tier- und Pflanzenreich sich stets durchsetzen auf Kosten der Vorteile von Individuen, weil diese Gattungsvorteile zusammenfallen mit den *Vorteilen besonderer Individuen*, die zugleich die Kraft dieser Bevorzugten bilden.“<sup>36</sup> Die Vorsprünge von Gesellschaften gegenüber anderen beruhen nach Marx letztlich auf der höheren Entwicklung von Gattungsfähigkeiten, die ihrerseits auf „höhere(r) Entwicklung von Individualität“ beruhen. In antagonistischen Formationen sei dies die Entwicklung von Vorteilen besonderer Klassen von Individuen auf Kosten anderer Klassen.

Fortschritt von Gesellschaften (in antagonistischer oder nichtantagonistischer Form) und damit die Durchsetzung bestimmter Formationen gegenüber anderen basiert nach Marx auf der höheren Fähigkeit zur gesellschaftlichen Reichtumsproduktion. Diese ihrerseits ist abhängig von einer höheren Entwicklung von Individualität *und* der Fähigkeit, diese Entwicklung der Individuen in Vorteile der jeweiligen Gesellschaften, in reale Produktivkraftentwicklung, zu verwandeln. Fortschritt stellt sich dabei da als Doppelprozess von Befreiung *und* gesellschaftlicher Verwandlung wachsender Freiheit (und sei es zunächst in der antagonistischen Form der Freiheit von Minderheiten auf Kosten von Mehrheiten) in gesellschaftliche Entwicklung. Unter dem Fortschrittsaspekt unterscheiden sich Formationen, so sei behauptet, durch den Typ der Vermittlung der beiden Seiten des gesellschaftlichen Prozesses. Er ist abhängig von den Eigentums- und Machtverhältnissen sowie Vergesellschaftungsformen, die individuelle in gesellschaftliche und gesellschaftliche in individuelle Entwicklung verwandeln. Ausbeutung ist die Monopolisierung dieser Entwicklung durch eine Gruppe auf Kosten und bei Ausschluss anderer sozialer Gruppen. Marx war davon überzeugt, dass diese Ausbeutung historisch an einem bestimmten Punkt nicht mehr mit überlegener Reichtumsproduktion und damit höherer Durchsetzungsfähigkeit von Gesellschaften gegenüber nichtantagonistischen Gesellschaften verbunden sein würde.<sup>37</sup>

Erfindungen bestehen in der Aufdeckung neuer Möglichkeiten, Innovationen in der Realisierung dieser Möglichkeiten in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären.<sup>38</sup> Dies

---

<sup>35</sup> „Erst, wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der fortgeschrittenen [advanced] Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt [progress] nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinkt.“ Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien. In: MEW, Bd. 9, S. 226.

<sup>36</sup> Karl Marx: Theorien über den Mehrwert (Vierter Band des „Kapitals“). Zweiter Teil. MEW, Bd. 26.2, S. 111.

<sup>37</sup> Dies wird bei Marx vor allem mit dem Übergang von einer Reichtumsproduktion, die auf unmittelbarer Arbeit beruht, zu einer, die wesentlich durch allgemeine Arbeit gespeist wird, begründet. Vgl. Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. MEW, Bd. 42, S. 600 f.

<sup>38</sup> Der Begriff der Innovation wurde zuerst auf den Bereich des Kulturellen angewandt. Machiavelli benutzte den Terminus „innovatore“ im Bereich des Politischen und erst Joseph A. Schumpeter hat ihn zum Zentralbegriff seiner Wirtschaftstheorie gemacht.

gilt in Wirtschaft, Politik und Kultur gleichermaßen. Indem Maße, wie „Faktoren auf eine neue Art kombiniert“<sup>39</sup> und diese Kombinationen im Kampf um wirtschaftlichen, politischen, kulturellen oder außenpolitischen Einfluss als „Macht des Neuen“ zur Geltung gebracht werden, in dem Maße wird Innovationsfähigkeit zur Bedingung der Überlebensfähigkeit. Denn durch diese Neukombination wird die Wirkung der vorhandenen Ressourcen erhöht, wird intensiv erweiterte Reproduktion möglich. Durch Erzeugung einer derartigen *neuen* Realität wird der alten die Basis entzogen, unterliegt sie „im ewigen Sturm der schöpferischen Zerstörung“<sup>40</sup>, der von innovativen Gesellschaften ausgeht und diesen eine ungeheure Machtausstrahlung und Durchsetzungsfähigkeit verleiht. Durch Innovation wird die Entwicklung der produktiven Kräfte von Individuen und Gruppen zur gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung.

Das Maß der Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft ist dadurch bedingt, in welchem Maße neben der Existenz der notwendigen Ressourcen (vor allem ein entsprechendes kulturelles Potenzial) das Interesse an Innovationen institutionell verankert ist und die Möglichkeiten zur Innovation institutionell gesichert werden. Kernbegriffe dafür sind erstens ein wirtschaftliches, politisches oder kulturelles Unternehmertum<sup>41</sup>, dass die relativ autonome (keinesfalls unbedingt private) und eigeninteressierte Verfügung über Ressourcen zur Bedingung hat, und zweitens ein gesellschaftlicher Raum, der Innovationen zumindest zulässt oder sogar dadurch fördert, dass er einen geregelten Wettbewerb institutionell schützt und dessen Ergebnisse in gesellschaftliche Entwicklung verwandelt<sup>42</sup>. Innovationsfördernde Vermittlungsformen von individueller und gesellschaftlicher Entwicklung bilden eine Grundbedingung von „Progressivität“. Darüber, ob sie einen realen Entwicklungsfortschritt darstellen, sind die Macht- und Eigentumsstrukturen, die die Innovationen selektieren und darüber entscheiden, welche sich wirklich durchsetzen.

Während Innovationen eine wesentliche Form der Verwandlung von individueller und kollektiver in gesellschaftliche Entwicklung darstellen, bildet die Erweiterung der Möglichkeiten realer Partizipation von Mitgliedern gesellschaftlicher Klassen und sozialer Gruppen die Grundlage der Verwandlung von gesellschaftlicher Entwicklung in individueller Entwicklung. Gesellschaften schreiten progressiv fort, wenn sie derartige Möglichkeiten in Gestalt der realen Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen, kulturelle und sozialen Leben der Gesellschaft auf immer weitere Gruppen ausdehnen und Privilegien in allgemeine Grundrechte verwandeln. Progressive Reformen und Revolutionen zeichnen sich vor allem durch die Durchsetzung der Forderung nach derart auf neue Klassen und Gruppen erweiterte Rechte aus, was ohne Veränderung der Eigentums- und Machtstrukturen unmöglich ist.

---

<sup>39</sup> Joseph A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Bd. 1. Göttingen 1961, S. 95.

<sup>40</sup> So Schumpeter mit direktem Verweis auf Marx in, Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen: A. Francke Verlag 1987, S. 138.

<sup>41</sup> Unternehmertum ist keinesfalls mit privatkapitalistischer Wirtschaftsweise identisch. Weder sind alle privaten Betriebe im unternehmerisch tätig (viele nutzen nur vorhandene Innovationen), noch ist Unternehmertum auf den Bereich der Wirtschaft reduziert. So war die „Partei neuen Typus“ zweifelsohne eine historische Innovation, die vielen jener, die sich diesem Parteimodell verschrieben, auch zum Erfolg verhalfen. Innovationen können in verschiedenen Eigentums- bzw. Organisationsformen erbracht werden. Auch das *Weltsozialforum* gehört genauso in den Bereich der Innovationen wie die Sowjets oder das Phänomen des politischen Massenstreiks.

<sup>42</sup> Douglass C. North und Robert Paul Thomas kommen in ihrer historischen Studie zu dem Schluss: “The industrial revolution was not the source of modern economic growth. It was the outcome of raising the private return on developing new techniques and applying the to the production process. Moreover, international competition provided a powerful incentive for other countries to adapt their institutional structures to provide equal incentives ...” Douglass C. North; Robert Paul Thomas: *The Rise of the Western World. A New Economic History*. Cambridge: Cambridge University Press 1973, S. 157.

Gesellschaften, die gegenüber anderen überlegene Formen der Verwandlung von individueller in gesellschaftliche Entwicklung *und* gesellschaftlicher in individuelle Entwicklung ausbilden und in denen die dafür notwendigen Eigentums- und Machtstrukturen geschaffen wurden, haben – folgt man den bisherigen Überlegungen – höhere „Überlebenschancen“ in einer Welt globalen „Verdrängungswettbewerbs“. Historisch scheint es so zu sein, dass Gesellschaften, die über sozial kontrollierte Märkte, partizipative Demokratien oder kulturelle Öffentlichkeiten verfügen *und* wesentliche soziale, politische und kulturelle Grundrechte durchsetzen, gegenüber anderen, die dessen entbehren, Entwicklungsvorteile haben.

Mit Marxens Sassulitsch-Briefen, seinen letzten systematischen Ausführungen zur Formationstheorie, können vier Formationstypen unterschieden werden – (1) die *archaischen oder primären Formationen*, die auf unterschiedlichen Stufen des Zerfalls des Gemeineigentums beruhen; (2) *sekundäre Formationen*, die durch Beziehungen persönlicher Abhängigkeit und Herrschaft einerseits und die Dominanz naturalwirtschaftlicher Austauschformen charakterisiert sind; (3) die *tertiären Formationen*, die durch eine kapitalistische geprägte Produktionsweise und die Vorherrschaft sachlicher Austauschbeziehungen (modernisierungstheoretisch: der Ausdifferenzierung sozialer Teilsysteme) sowie die Dominanz der Kapitalverwertung über die Wirtschaft und einer solchen Wirtschaft über die Gesellschaft bestimmt sind; (4) *quartäre Formationen*, die Marx in den „Grundrissen“ (wo er die primäre und sekundäre Formation noch zusammengefasst hatte) so kennzeichnet: „Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens ...“<sup>43</sup> Es handelt sich um einen prozessierenden Widerspruch von unterschiedlichen Stufen individueller Befreiung und verschiedenen Typen der Regulation und Ausrichtung der gesellschaftlichen Kräfte, die aus dieser Befreiung hervordachsen, entsprechend sozialen Interessen der herrschenden gesellschaftlicher Klassen und Gruppen.

Die jeweils höhere Formation schreitet entsprechend dieser Geschichtsphilosophie deshalb über die vorhergehende fort, weil sie im Sinne von Marx „Befreiungen“ darstellen, die zunehmend mehr von ihrem bornierten Charakter verlieren – borniert dadurch, dass es zunächst die Befreiung weniger auf Kosten vieler war, und borniert auch durch den Charakter der Vergesellschaftungsformen, die von Gemeinschaftlichkeit zu persönlicher und von dieser zu sachlicher Abhängigkeit fortschreiten, um dann, so Marxens Vision, im kommunistischen universellen Austausch zu münden.

Marx nahm an, dass in progressiver Abfolge gesellschaftsformierende Strukturen (Eigentums- und Machtverhältnisse in Basis und Überbau sowie Vergesellschaftungsformen) entstehen können, die sich gegenüber vorhergehenden bzw. koexistierenden Verhältnissen durch zwei Eigenschaften auszeichnen: erstens durch einen höheren Grad von Freiheit (zumindest für einen privilegierten Teil der Bevölkerung) und zweitens durch einen höheren Grad der Verwandlung von individueller in gesellschaftliche Entwicklung und umgekehrt. Dies hieße: Bei einem gleich Grad an Freiheit kann eine höhere Stufe der Vermittlung von individueller in gesellschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft einen Vorteil verschaffen und umgekehrt kann sich höhere Freiheit bei gleichem Typ von Vergesellschaftung fördernd auswirken. Erst aus der Verbindung beider Kriterien des Fortschreitens entwickelt sich aber jene Sprengkraft, die zu formationellen Durchbrüchen führen kann.

Die Annahme einer solchen historischen Tendenz als *Potenz* ist auch nach Marx keinesfalls gleichzusetzen mit "Unvermeidlichkeit". Da sich zudem ökonomische, politische, kulturelle und vor allem militärische Wettbewerbsvorteile keinesfalls eindimensional entsprechen und

---

<sup>43</sup> Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. MEW, Bd. 42, S. 91.



darüber hinaus intensive Entwicklung und extensive Anhäufung von Macht nicht identisch sind (formationell unterlegene Gesellschaften können dies oft zeitweilig durch hohe Machtkonzentration kompensieren und ihre überlegenen Konkurrenten auch mit extensiver Gewalt ausschalten), gibt es keine Zwangsläufigkeit, dass sich Gesellschaften, die in der Mehrheit der Dimensionen von produktiver Entwicklung höher stehen, gegenüber anderen, oftmals zunächst militärisch stärkeren behaupten und gegenüber diesen durchsetzen können. Zumeist wurde das Entstehen von alternativen Möglichkeiten in der Geschichte schon im Entstehen mit Gewalt unterbunden, so dass sich Alternativen erst gar nicht ausbilden konnten oder im Ansatz vernichtet wurden. Neues entstand deshalb oft am Rand oder in den "Poren" der alten Gesellschaften und ihrer internationalen Systeme und verdankt sein Überleben günstigen Rahmenbedingungen. Die Entstehung von Gesellschaften höheren formationellen Typs ist im konkreten zufällig, ihre Behauptung davon abhängig, ob sie sich durch eigene Macht schützen können bzw. beginnen, eine Funktion für die noch machtvolleren Gesellschaften auszuüben und deshalb geduldet werden. Erst oberhalb einer kritischen Größe erzeugen sie in ihrem Umfeld einen Sog, dem sich andere Gesellschaften nur schwer entziehen können.

#### **4. Transformation als Prozess progressiver Zurückdrängung und Überwindung der Kapitaldominanz über Wirtschaft und Gesellschaft**

Die Aussage des orthodoxen Marxismus, der Sozialismus könne ökonomisch und sozial nicht im Schoß der „alten Gesellschaft“ entstehen, beruhte auf der Annahme, dass eine sozialistische Gesellschaft auf einem allumfassenden Staatseigentum gründet. Als vorrangiges Ziel der politischen Machtergreifung wurde die Überführung der Produktionsmittel in staatliches Eigentum angesehen. Ein solcher Staatssozialismus hat sich als langfristig nicht lebensfähig erwiesen. Ein emanzipativer Sozialismus muss sich von der marxistisch-leninistischen Fixierung auf den Staatssozialismus lösen und die freie Entwicklung einer und eines jeden zum Ziel der eigenen Bewegung erklären. Er erweist sich zugleich als ein Transformationsprojekt.

Transformation – das war im letzten Jahrzehnt der Begriff für den Übergang vom Staatssozialismus zu kapitaldominierten Gesellschaften. Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt zielt auf die Umkehr dieses Verlaufs, jedoch nicht auf die Rückkehr zum Staatssozialismus, sondern darauf, dass an die Stelle der Funktionalität der Individuen für die Kapitalverwertung die Individualität einer und eines jeden tritt.

Die Implosion des Staatssozialismus und seine daraus folgende Ablösung durch den Kapitalismus waren ein derart tiefer historischer Bruch und der Triumph des Kapitalismus ein so spektakulärer, dass nach vorherrschender Auffassung Transformation nur noch eine einzige Richtung haben kann: Alle Wege führen zum Kapitalismus. Francis Fukuyamas Vorstellung vom „Ende der Geschichte“ hat sich in den Transformationsbegriff eingehakt und ihn im Mainstream-Denken seiner Offenheit beraubt.

Der allgemeine Inhalt des Begriffs der Transformation als prozesshafter Übergang von einer Gesellschaft in eine andere, ausgelöst durch die Unfähigkeit einer gegebenen Gesellschaft, für ihre Widersprüche und auf herangereifte Großprobleme Lösungen im Mehrheitsinteresse zu finden, wurde verdrängt. Transformation als Doppelprozess der Erosion einer gesellschaftlichen Ordnung und der Herausbildung und Stärkung von Strukturen einer anderen Ordnung gilt nach vorherrschender westlicher Auffassung – wie ungelöst auch immer eine Vielzahl konkreter Konflikte und Probleme dort ist – für die GUS-Staaten und Mittelosteuropa im großen und ganzen als abgeschlossen, weil an die Stelle der führenden

Partei das Kapital getreten ist – häufig allerdings in der besonders widerlichen Form von mafiosem Kapital und mit der Folge sozialer Verelendung großer Teile der Bevölkerung in weiten Teilen der früheren Sowjetunion.

Wie nun aber, wenn der Kapitalismus doch nicht das Ende der Geschichte wäre, wenn er nur vorerst übrig geblieben ist? Wenn im Osten nur der erste Akt jüngerer Transformation stattgefunden hätte, und noch dazu in eine Gesellschaft hinein, die nicht nur keine Lösungen für virulente globale Probleme zu bieten hat, sondern deren Herrschaftsstrukturen diese Probleme selbst hervorbringt. Dann steht der nächste Akt zeitgenössischer Transformation noch bevor – als Transformation, die über den Kapitalismus hinausweist. Dann sind die Verkürzung des Transformationsbegriffs auf die Universalisierung des Kapitalismus und die ihr entsprechende praktische Transformationspolitik im Osten ein bornierter Standpunkt, der mit der Selbstdarstellung der bürgerlichen Gesellschaften als offene Gesellschaft in Kollision gerät. Dann ist Transformation nicht in Richtung Kapitalismus, sondern in der Gegenrichtung eines demokratischen Sozialismus zu denken und in Politik umzusetzen.

Für einen solchen Standpunkt spricht, dass eine Gesellschaft, deren Grundstruktur durch die Kapitalverwertung bestimmt wird, keine gerechte Gesellschaft sein kann. Für die Umkehr der Transformationsrichtung spricht, dass durch ein ungebändigtes, in erster Linie profitbestimmtes Wachstum die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört werden. Die Profitdominanz ist eine Hauptursache für die Spaltung der Erde in Reiche und Arme. Die USA vor allem erheben den Anspruch, nach eigenen Interessen die Weltordnung zu bestimmen, haben eine neue Aufrüstungsrunde eingeleitet, bereiten mit der Modernisierung von Atomwaffen die Absenkung ihrer Einsatzschwelle vor, weisen selbst Russland und China als mögliche Ziele aus und erklären selbstmandatierte und sogar präventive Kriege gegen „das Böse“ zum tauglichen Mittel der Lösung von Weltproblemen. Eine solche Arroganz und auf der anderen Seite die Armut im „Süden“ bilden einen Nährboden für Terrorismus. Eine profitdominierte Gesellschaft gebiert alle Formen des Verbrechens. Sie bringt alltägliche Gewalt hervor, Wirtschaftsverbrechen und solche, die kaum an die Öffentlichkeit dringen.

Während die Transformation zum Kapitalismus noch andauert, spricht dessen Verfasstheit für die Einleitung eines neuen großen Transformationszyklus, dessen Richtung Sozialistinnen und Sozialisten als demokratischen Sozialismus beschreiben. „Transformation ist ein gesellschaftlicher Suchprozess mit offenem Ausgang.“ (Hopfmann; Wolf, 2002: 27). Aber die Beteiligten haben Vorstellungen über Ziele, Wege und Werte in diesem Prozess, von denen sie Lösungen jener Probleme erwarten, die in den verfestigten gegenwärtigen Strukturen nicht lösbar sind. Die Programmatik der herrschenden deutschen Parteien läuft auf unterschiedliche Varianten der Reformierung des Kapitalismus hinaus. Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) präsentierte 2003 in ihrem Parteiprogramm, dessen Mitautoren die Verfasser dieses Textes sind, ein Transformationsprojekt, das den Wandel in den kapitaldominierten Gesellschaften mit der Überwindung der Kapitaldominanz verbindet.

Diese Dialektik von Wandel im Rahmen der gegebenen Verhältnisse und deren Infragestellung zugleich sieht sich kritischen Einwendungen von zwei Seiten ausgesetzt, die den Zusammenhang dieser beiden Seiten der angestrebten Entwicklung auf jeweils eigene Weise auflösen. Die einen glauben fälschlich, in der Deutung des demokratischen Sozialismus als Transformationsprojekt eine altlinke Absage an die Zivilisationsgewinne der bürgerlichen Gesellschaft zu erkennen. Andere lesen dieses Projekt nach dem eben dargestellten alten Muster als „Nur-Reform“ und fürchten die Aufgabe sozialistischer Inhalte. Dagegen muss darauf bestanden werden, dass die Politik der PDS auch weiter sozialistische Opposition mit dem Anspruch zu verbinden hat, als gestaltende Reformkraft im Alltag der Bürgerinnen und Bürger und mit einem greifbaren Gebrauchswert für die Verbesserung ihres Lebens zu wirken.

Ohne einen in der Lebenswelt der Menschen verankerten andauernden emanzipativen Wandlungsprozess wird es nie zur Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus kommen.

Demokratischen Sozialismus als ein Ziel aufzufassen, nach dem in einem transformatorischen Prozess gesucht wird, wirft die Frage auf, ob es eine Logik des Sozialen, eine Soziallogik, gibt, die in der bürgerlichen Gesellschaft als Gegenprozess zur Kapitallogik wirkt. Die hier vertretene Annahme lautet, dass eine solche Soziallogik existiert, die objektive und subjektive Grundlagen für einen transformatorischen Prozess in der Richtung von Emanzipation, von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit umfasst.

Der Begriff Soziallogik wird hier als ein Arbeitsbegriff eingeführt, nicht als fertige theoretische Kategorie. Er deutet darauf hin, dass der Tendenz zur Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter das Kapital und dessen Verwertungslogik eine andere Tendenz – genauer: ein Bündel von Tendenzen, die in eine andere Richtung weisen – entgegenwirkt, ein Anwachsen sozialer und emanzipatorischer Ansprüche und ihrer Verwirklichung. Allerdings ist diese Tendenz bisher entschieden schwächer als die Logik der Kapitalverwertung, die in der bürgerlichen Gesellschaft dominiert. Überdies sind die als Soziallogik bezeichneten Tendenzen nicht ein so geschlossener Zusammenhang, nicht ein ökonomisches Gesetz wie die Kapitalverwertung. Sie ist eher die Resultante ganz unterschiedlicher Prozesse und Interessen, die der Kapitallogik mehr oder weniger entgegenstehen oder unter der Voraussetzung erheblich veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse entgegenwirken könnten. Vielleicht wird im Verlauf sachlicher Diskussion ein besserer Begriff für diese Gegenlogik gefunden. Hier kommt es darauf an zu betonen, dass sie existiert und gestärkt werden kann.

In aller Regel sind Umstände und Prozesse, die in einem Widerspruchsverhältnis zu Kapitalherrschaft, patriarchaler Unterdrückung und anderen Herrschaftsverhältnissen stehen, doch zugleich in diese eingebettet. Träger sozialer, kultureller und ökologischer Interessen in Kollision mit den herrschenden Interessen sind oft gleichzeitig in diese eingebunden. Zudem haben potenzielle Gegenmächte unterschiedliche spezifische Interessen. Der Begriff Soziallogik deutet daher auf in sich widersprüchliche reale oder potenzielle Prozesse hin, die nur bei größten Anstrengungen der mit ihnen verbundenen Akteure die gegenwärtigen Herrschaftsstrukturen infrage stellen könnten. Für das Wirken einer Soziallogik sprechen unterschiedliche Theorieansätze und praktische Beobachtungen, die in den folgenden Thesen zu skizzieren sind. Eine Politik der Transformation, die zu gegenwärtigem Wandel bürgerlicher Gesellschaften beiträgt und zugleich über deren Grenzen hinausweist, kann mit unterschiedlichen Ansätzen begründet werden, die einander ergänzen.

*Überwindung des Kapitalismus heißt, die Herrschaft des Kapitals über die Gesellschaft zu beenden, die Dominanz des Profits zu brechen und die Zivilisationspotenziale der heutigen Gesellschaften zu bewahren und auszubauen, indem sie der Unterordnung unter den Profit als in letzter Instanz entscheidendem Maß der Entwicklung entrissen werden.*

Gewinninteressen der Unternehmer werden weiter eine wichtige Funktion im Wirtschaftsmechanismus haben und zu betriebswirtschaftlicher Effizienz, zu Innovation und Dynamik beitragen. Aber das Interesse an Gewinnen würde so konditioniert werden, dass sie nicht aus dem Verhungern von Millionen Menschen, nicht aus Rüstung und Kommerzialisierung von Gesundheit, Bildung und Kultur, nicht aus der Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme entspringen und nicht zu fortschreitender Zerstörung der Umwelt führen. Eine solche Richtungsänderung kann nur durch die Stärkung von Gegenmacht durchgesetzt und nur gegen gewichtige Kapitalinteressen zur Geltung gebracht werden.

Grundmerkmale einer transformatorischen Politik, die die Kapitaldominanz überwindet, werden ausgehend von den hier entwickelten Positionen folgende Politikziele:

1. schrittweise Aufhebung der Abhängigkeit der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger von kapitalistisch dominierten Märkten durch Formen bedarfsorientierter Grundsicherung, leistungsfähige öffentliche Bereiche im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Transportwesen usw.; Grundrechte und öffentliche Daseinsvorsorge müssen Vorrang vor freiem Handel haben;
2. Aufbau einer partizipativen sozialen Demokratie, die auf kommunaler Ebene beginnend bis hin zu den globalen Prozessen die Rahmenbedingungen allen wirtschaftlichen Handelns an den sozialen Interessen der unteren und mittleren Gruppen der Bevölkerung ausrichtet und die Entscheidungen deren Partizipation unterwirft;
3. Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit allen Eigentums gegenüber den Interessen der unteren und mittleren sozialen Gruppen und der nachfolgenden Generationen (Prinzip der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit) sowie der Mitbestimmung der Beschäftigten sowie aller direkt durch die wirtschaftlichen Unternehmen betroffen Gruppen an den wesentlichen Entscheidungen;
4. Zurückdrängung der militärischen Imperialmacht der USA und Umwandlung der regionalen Organisationen in Friedensmächte, die ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten zur Krisenprävention auf der Basis der UNO und unter unbedingter Wahrung des Völkerrechts einsetzen; Verfolgung von Terroristen auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit und nach den Maßgaben der internationalen Strafgerichtsbarkeit,